

Theater-Ehe mit Vertrag stabilisiert

VA 06.02.19

Nach den Statements der Fraktionen im Vorfeld der gestrigen Stadtratssitzung durfte man die Zustimmung zur Fortführung der „Theaterhe“ als Formsache betrachten. Und in der Tat einigte man sich auf einen Kompromiss, bei dem alle ihr Gesicht wahren konnten.

Von Torsten Piontkowski

Plauen – Das Jahr war noch jung, als sich die Fraktionsvorsitzenden der im Plauener und Zwickauer Stadtrat vertretenen Parteien und die Oberbürgermeister beider Städte am 7. Januar zusammensetzten, um einen Kompromiss auszuhandeln – notwendig geworden aufgrund des Vetos der CDU und der Linken im Plauener Stadtrat gegenüber dem bis dato vorliegenden Vertrag. Im Wesentlichen ging es um Befürchtungen, Plauen könnte künftig bei wichtigen Entscheidungen bezüglich der Struktur des gemeinsamen Theaters „untergebuttert“ werden. Doch am

Ende stand zu viel auf dem Spiel – vor allem auch die künftige Bezahlung der Theaterleute nach Flächentarif – als dass man die im Kulturpakt verankerten Mittel aus Dresden hätte dankend ablehnen können. Gestern sprach dann sogar Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer davon, es sei richtig gewesen, einen „Stopp“ eingelegt zu haben – das verblüffte Gesicht des einen oder anderen Stadtrates inklusive.

Der nun gezahlte Tariflohn – 70 Prozent fließen über besagten Kulturpakt, 30 Prozent steuern in unterschiedlicher Höhe beide Städte zu – kommt aber nicht nur den Ensemblemitgliedern, sondern indirekt auch dem Publikum zugute: Aufgrund des Wegfalls des Freizeitausgleichs kann öfter gespielt werden. Oberdorfer wiederholte, dass Zwickau zwar die Eigenanteile beider Städte für den Tarifausgleich allein schultert – die Muldestadt zahlt jährlich sechs Millionen Euro ein, Plauen die Hälfte. Dennoch behalte Plauen eine vollwertige Spielstätte.

CDU-Fraktionschef Jörg Schmidt kritisierte erneut, dass die öffentliche Diskussion viel früher hätte geführt werden müssen, machte aber auch deutlich, dass die nun ausgehandelten Kompromisse die Intentionen sei-

ner Partei treffen. Beispielsweise wurde die Besetzung des Aufsichtsrates „aufgestockt“ – auf nun vier Vertreter aus Plauen und sieben aus Zwickau. Zudem habe die Zwickauer OB Pia Findeiß avisiert, dass bei der Bestellung eines Geschäftsführers Parität hergestellt werde.

Die Theaterhe habe beinahe mit einem Rosenkrieg geendet, ließ CDU-Stadtrat Ingo Eckardt die Ereignisse der letzten Monate Revue passieren. Eine Gleichstellung beider Städte sei mit dem Kompromiss zwar nicht ganz gelungen, Verhandlungen auf Augenhöhe dagegen schon.

Dass in beiden Städte das gleiche Programm geboten werde sei für das Publikum ebenso wichtig wie für die Theaterbeschäftigten die Zahlung gerechter Löhne, merkte SPD/Grünen-Fraktionschef Benjamin Zabel an. In der Diskussion hatten CDU und Linke ihre gemeinsam gestellten Anträge begründet. Zum einen beschlossen die Stadträte mehrheitlich, dass der OB vor der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung die Zustimmung des Stadtrates einzuholen habe. „Nix dagegen“, kommentierte Oberdorfer, machte aber darauf aufmerksam, dass bestimmte Vertragspunkte nicht in die Zuständigkeit des Stadtrates fielen. Ein

zweiter Antrag sah die Einberufung einer „Zukunftskommission“ für das Theater bis April 2019 vor. Man habe zwar Dinge erreicht, die im Dezember noch unvorstellbar schienen, so Linken-Fraktionschefin Claudia Hänsel in der Begründung, doch Unwägbarkeiten blieben hinsichtlich der Dauer der von Landesregierung und Kulturraum gewährten Zuschüsse. Verträge seien immer befristet, eine Garantie für die Ewigkeit gäbe es nicht, argumentierte der OB, betonte aber zugleich, keiner der Beteiligten stelle ein produzierendes Mehrspartenhaus in Südwestsachsen in Frage.

Am Ende stimmten 35 Stadträte für die Fortführung des Grundlagenvorgabes, ein Stadtrat enthielt sich.

Generalintendant Roland May, der der Stadtratssitzung als Gast beiwohnte, zeigte sich erleichtert, machte aber darauf aufmerksam, dass für „sein“ Haus noch Gespräche mit der Gewerkschaft anstünden. Wichtig, so May, sei vor allem, dass die Stadträte die Frage Flächentarif eng verbunden hätten mit dem Bestand des Theaters als Mehrspartenhaus und beide Dinge nun auch schriftlich fixiert seien. „Manche Dinge, die anfangs alternativlos gesehen werden, lassen sich eben doch lösen“, so der General.